

# Beschluss des Stadtteilbeirates Findorff

## Kürzungen der Mittel für geförderte Beschäftigung gemäß § 16d (AGH), § 16i und § 16e SGB II in Findorff verhindern!

Der Beirat Findorff fordert die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration auf, die im Zuge der weiteren Kürzungen von Bundesmitteln zur Ko-Finanzierung von Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen am zweiten Arbeitsmarkt entfallenden Finanzressourcen sowie die über den Vorgriff weiterhin entstehenden Finanzierungslücken für 2025 aus ressort-eigenem Budget aufzufangen, um die drohenden Einbußen für die soziale Infrastruktur im Stadtteil abzufedern. Auch die anderen Ressorts werden aufgefordert, in ihren Zuständigkeitsbereichen die betroffenen Stellen (AGH, 16 i, 16 e) zu identifizieren und hier eine Weiterbeschäftigung der betroffenen Menschen zu ermöglichen.

### Begründung:

Die geplanten finanziellen Kürzungen im Bereich des 2. Arbeitsmarktes (Arbeitsgelegenheiten AGH, Stellen nach § 16i und e SGB II) werden auch in Findorff negative Auswirkungen auf

1. die betroffenen Beschäftigten
2. die Träger, über die diese Beschäftigung organisiert wird
3. den Stadtteil als Ganzes

haben, die unbedingt zu vermeiden sind.

Besonders betroffen sind die Gröpelinger Recycling Initiative e.V. (GRI, <https://gri-bremen.de/>) und Jugendhilfe und Soziale Arbeit gGmbH (JuS, <https://jus-bremen.de/>). Beide Träger leisten seit Jahrzehnten eine unschätzbare wertvolle Arbeit sowohl für Findorff als auch für die gesamte Stadt.

Die GRI betreibt u.a. den Findorffer Recyclinghof, für dessen Erhalt der Findorffer Beirat im Zuge der Umstrukturierung der Bremer Recyclingstationen durch die Bremer Stadtreinigung (DBS) vor 3 Jahren erfolgreich gekämpft hat. Dieser ist nun existenziell bedroht, was für die dort Beschäftigten und den Stadtteil ein großer Verlust wäre.

Die JuS unterhält neben vielen anderen sozialen und gemeinnützigen Aufgaben ungefähr ein Viertel der öffentlichen Spielplätze (ca. 50 von 204) in Bremen und sorgt dort wöchentlich für Reinigung und Sicherheit. Durch die Mitarbeiter:innen, deren Beschäftigung gefördert wird, können die Spielplätze häufiger gereinigt werden als sonst.

Bei der Sitzung des FA Soziales am 27.8.24 wurde eindrücklich dargestellt, dass die Kürzungen nicht erst seit diesem Sommer die Angebote der Träger finanziell treffen, sondern dass in den vergangenen Monaten bereits zahlreiche Stellen nach § 16i/e weggefallen sind. Hier droht ein Verlust an Arbeitsstrukturen, welche Langzeitarbeitslosen nicht nur eine momentane Beschäftigung in AGH ermöglichen, sondern ihnen eine echte Qualifizierung für den 1. Arbeitsmarkt ermöglicht hätten. Den betroffenen Menschen bricht nun eine mehrjährige Arbeits- und Qualifizierungsperspektive weg, teilweise mitten in einem bereits seit Jahren bestehenden stabilen Beschäftigungsverhältnis.

Dies ist nicht hinnehmbar und dem ist mit allen Mitteln entgegen zu wirken.

Genauere Zahlen zu den wegfallenden und bereits weggefallenen Stellen werden von den Trägern noch zur Verfügung gestellt. (Bisher nur von GRI)

Die aktuellen und für 2025 zu erwartenden Mittelkürzungen scheinen auf den ersten Blick Geld zu sparen. Was jedoch an anderer Stelle zukünftig aufgewendet werden muss, um den Verlust dieser

Arbeitsmöglichkeiten aufzufangen (Suchthilfe, Wohnungshilfe usw.) oder sie wiederherzustellen, steht in keinem Verhältnis zum jetzt vermeintlich eingesparten Geld.

Die zu erwartenden persönlichen Rückschläge bei den in AGH-/16i/e-Maßnahmen beschäftigten Menschen, den zu erwartenden Schwund an Trägern, deren Netzwerk nicht einfach wiederaufgebaut werden kann und die nachteiligen Auswirkungen auf Angebote für den sozialen Zusammenhalt, Umwelt und Klima in den Stadtteilen wird am Ende teurer als die jetzt einzusparenden Kosten. Eine Ersatzfinanzierung aus anderen Mitteln sollte ermöglicht werden.

Einstimmiger Beschluss des Stadtteilbeirates Findorff in der öffentlichen Sitzung am 10.09.2024